

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

mit der Änderungsliste vom 26. Januar hat die Haushaltsplanung für das Jahr 2026 eine deutliche Wende zum Besseren genommen, die seitens der FDP zu großer Erleichterung geführt hat. Während nach dem Entwurf des Haushaltsplans für 2026 noch 10 M€ aus den Rücklagen entnommen werden mussten, um die finanzielle Lücke der Verwaltungsausgaben zu füllen, sind es jetzt nur noch 3,9 M€.

Dennoch: Der heute zu beratende Entwurf des Haushaltsplans zeigt in seiner Gänze wieder das gewohnte Bild, nämlich für das aktuelle Jahr:

die Abdeckung des Defizits der Verwaltungsausgaben durch Entnahmen aus der gut gefüllten Rücklage

und für das Ende der 5-jährigen Periode der mittelfristigen Finanzplanung:

die Aufzehrung der Rücklagen bis auf die gesetzliche Mindestrücklage.

Allerdings sind diesmal bemerkenswerte positive Unterschiede festzustellen:

der Netto-Verwaltungsaufwand, also die Verwaltungsaufwendungen ohne die großen Umlagen, sinkt im Vergleich zum Vorjahr leicht, nachdem er seit dem letzten Vor-Corona-Jahr 2019 im Durchschnitt um 5,3% pro Jahr angestiegen war

und

es gibt ein Umdenken bezüglich der Bau-Investitionen, wo es, nach den Worten des Oberbürgermeisters, „keinen Sinn macht, Maßnahmen einzuplanen, die wir personell nicht schultern können“.

Dabei ist unübersehbar: **die finanzielle Situation Weinheims ist weiter kritisch.** Die Ergebnishaushalte werden bis zum Ende der 5-jährigen Planperiode mit einem erheblichen Defizit abschließen, das von 10,7 M€ im laufenden Jahr auf prognostizierte 15,8 M€ im Jahr 2029 stetig ansteigen wird. Eine Tendenz zum Besseren ist derzeit nicht in Sicht. Die Abschreibungen werden so nicht erwirtschaftet, Weinheim verliert damit weiter an Substanz und Investitionsmittel werden nicht generiert. Natürlich spiegelt sich diese Misere auch in den Ausführungen des Oberbürgermeisters bei der Haushaltseinbringung wider, gekennzeichnet durch eine geradezu inflationäre Zunahme der Spar-Appelle.

Bei den Einnahmen sieht ja erst einmal gut aus. Unter dem Strich steht für das Jahr 2026 im Vergleich zu 2025 ein Anstieg der ordentlichen Erträge um 7,6 M€. Aber auch die Verwaltungsausgaben steigen. Zusammen mit den Abschreibungen betragen diese 182,1 M€ und übertreffen damit die Einnahmen um die erwähnten 10,7 M€. Die großen Umlagen, also das, was auf gesetzlicher Grundlage aus den städtischen Einnahmen an Kreis, Land und Bund abzuliefern ist, steigen gegenüber 2025 um 1,8 M€ auf 56,2 M€ an. Rechnet man diese aus den veranschlagten Verwaltungskosten heraus, dann ergeben sich für 2026 Netto-Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 125,9 M€. Im letzten Jahr waren das 126,2 M€. Wie bereits angemerkt sinken erstmals, seit vielen Jahren die in Weinheim generierten Verwaltungsausgaben im Vergleich zum Vorjahr. Lässt man die Abschreibungen außen vor, die ja erstmal kein Geld kosten, dann beträgt die Verringerung der Weinheimer Verwaltungsausgaben 1,3 M€.

Wie wurden diese durchaus sichtbaren Verbesserungen bei den Netto-Verwaltungsaufwendungen erzielt? Eine Rolle spielt der „Globale Minderaufwand“ in Höhe von 1,75 M€, der neben einigen nicht näher spezifizierten Spar-Absichten reduzierte Aufwendungen für die Gebäudeunterhaltung benennt. Diese fallen dann aber verstärkt in den Folgejahren an. Daneben wurden schon im letzten Jahr erstmal nicht die Personalkosten, die sich aus dem

Stellenplan rechnerisch ergeben, im Haushaltsplan-Entwurf angesetzt, sondern um einen Vakanz-Abschlag in Höhe von ca. 1 M€ gekürzt. Dieses Vorgehen stellt die Stichhaltigkeit der Personalplanung in Frage. Wenn Jahr um Jahr am 30. Juni ca. 30 Stellen nicht besetzt sind, was etwa 2,4 M€ Personalkosten entspricht, dann sollte dies Anlass sein, die Stellenpläne anzupassen. Das von der FDP beantragte „Einfrieren“ der Personalstellen wäre ein erster Schritt in diese Richtung und wäre der derzeitigen Wirtschafts- und Haushaltslage angemessen. Die jetzt im Haushaltsplan vorgesehene Erhöhung der Gesamt-Planstellenzahl um 2,6 Stellen ist immer noch ein Zuwachs und keine nachhaltige Trendwende. Schon allein aufgrund der Demographie wird in Zukunft weniger Personal verfügbar sein. Die Digitalisierung muss dauerhaft dabei mithelfen, dass die Leistungen für unsere Bürger mit weniger städtischem Personal und auch effizienter erbracht werden können. Auch sollte darüber nachgedacht werden, Stellen von Bereichen, in denen sich die staatliche Verwaltung mit sich selbst beschäftigt, in die Bereiche umzuschichten, die unmittelbar für die Bürger arbeiten. Eine weitere Modernisierung der Verwaltung, Stichwort: Kleinteiligkeit der Ämterstruktur, ist anzustreben, Benchmark-Vergleiche können dabei helfen, von den Erfahrungen anderer Kommunen zu profitieren.

Weiterhin hat die Verwaltung eine durchaus beachtliche Streichliste von diversen Positionen aus allen Bereichen zusammengestellt. Die FDP hat nach den Erfahrungen mit diversen Haushaltsstrukturkommissionen schon mehrfach gefordert, dass die einzelnen Ämter mit ihrer Fachexpertise Sparpotentiale identifizieren. Dies ist nun erstmals in größerem Umfang erfolgt und findet unsere Anerkennung und Unterstützung, mit nur wenigen Ausnahmen: so lehnen wir Sparmaßnahmen zu Lasten der frühkindlichen Bildung, wie die Reduzierung der Förderung naturwissenschaftlicher Projekte in Kitas, ausdrücklich ab.

Für einen ausgeglichenen und generationengerechten Verwaltungshaushalt muss aber noch deutlich mehr getan werden. Was beispielsweise bisher bei den Sparbemühungen zu kurz gekommen ist, sind Projekte der interkommunalen Zusammenarbeit, auch die weitere Inanspruchnahme privater Anbieter z. B. bei der Kinderbetreuung und der Grundschulbetreuung. Nicht zuletzt sollte die Finanzierung von Leistungen, die Weinheim erbringt, für die aber andere zuständig sind, an diese zuständigen Körperschaften abgegeben werden, wie dies bei der Verwaltung der Jugendhilfe ohne Leistungseinschränkungen erfolgt ist. **Die Streichung von Leistungen für die Bürger sollte nur das allerletzte Mittel sein.**

Angesichts der geschilderten Situation ist es natürlich legitim, über die Verbesserung der Einnahmen nachzudenken. Angesichts der Inflationsentwicklung der vergangenen Jahre sollten die Gebühren für städtische Leistungen durchaus kontinuierlich angepasst werden, auch um größere Sprünge nach mehreren Jahren Anpassungspause zu vermeiden. Was das Thema Gewerbesteuer betrifft, so mahnt die FDP zur Vorsicht, hier steht Weinheim im Wettbewerb zu anderen Kommunen in der Region. Die Gewerbesteuererinnahmen haben sich im letzten Jahrzehnt überaus gut entwickelt, diese Entwicklung sollte möglichst nicht gestört werden.

Dass die FDP dem von Grün-Schwarz beschlossenen neuen Grundsteuermodell in Baden-Württemberg und den sich daraus in vielen Fällen ergebenden völlig unverhältnismäßigen Überhöhungen von Grundsteuerbeiträgen ablehnend gegenübersteht, habe ich bereits im vergangenen Jahr ausgeführt. Mit den Stimmen der FDP hat der Weinheimer Gemeinderat beschlossen, den Grundsteuerhebesatz nicht zu erhöhen.

Grundsätzlich hat für die FDP die gezielte Verringerung von Verwaltungsaufwendungen und eine sparsame Haushaltsführung Priorität vor Steuererhöhungen.

In der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre bis 2029 beträgt die Summe der geplanten Investitionen 79,6 M€. Unter Berücksichtigung erwartbarer Investitionszuschüsse und Investitionsbeiträge sowie einer vorgesehenen Kredittilgung von 6,7 M€ ergibt sich daraus ein von der

Stadt zu tragender Finanzbedarf von 53,0 M€. Dazu kommen die erwarteten jährlichen Defizite aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, die sich auf 24,5 M€ summieren. Es sind also 77,5 M€ zu finanzieren. Um das zu bewerkstelligen, sollen im Umfang von 26,2 M€ Grundstücke veräußert und Kredite in Höhe von 2,2 M€ aufgenommen werden. Die zu Beginn des Jahres 2026 bestehende Rücklage in Höhe von 53 M€ soll bis 2029 bis auf die gesetzliche Mindestrücklage von ca. 3,5 M€ abschmelzen. Die Defizite aus der laufenden Verwaltungstätigkeit bedeuten, dass keine Beiträge zur Finanzierung von Investitionen oder zur Tilgung von Krediten erwirtschaftet werden. Die Genehmigungsfähigkeit dieses Vorgehens steht grundsätzlich in Frage.

Kommen wir nun zu wesentlichen Investitionen im Jahr 2026. Die Sanierung des Viktor-Dulger-Bads Hohensachsen erfordert einen signifikanten Mehraufwand, der von der FDP mitgetragen wird. Abgesehen davon sind im Haushaltsplan-Entwurf die bisherigen Gesamtkosten, offenbar durch einen Buchungsfehler, falsch angegeben.

Auch bei der Erschließung der Hinteren Murt sind die Gesamtkosten nicht richtig erfasst. Aus bisherigen Haushaltsbeschlüssen stehen hierzu 4,2 M€ im Plan. Wann und ob dieses Geld ausgegeben werden soll, ist nicht ersichtlich und, angesichts der anhaltenden gerichtlichen Auseinandersetzung, vielleicht auch nicht planbar. Wäre man 2017 einem Kompromissvorschlag der FDP zur Nutzung der Hinteren Murt gefolgt, wäre das Thema längst abgeräumt.

Im kommenden Jahr beträgt das geplante Volumen der Bau-Investitionen 14,6 M€. Das sind 11 M€ weniger, als für das Jahr 2025 geplant war. Dazu kommt aber, wie immer, noch ein ähnlich hoher Betrag bisher nicht in Anspruch genommener Mittel aus den Vorjahren. Insgesamt sinkt das Volumen an Bauinvestitionen und nähert sich dem, was Weinheim personell überhaupt handhaben kann. Dies ist ein dringend notwendiger Schritt, der seit Jahren von der FDP angemahnt wurde. Um es nochmal an einem Beispiel zu verdeutlichen: Für das Jahr 2024 standen Baumaßnahmen im Umfang von 28,2 M€ im Plan. Zur Auszahlung kamen, wie das heute vorliegende vorläufige Ergebnis zeigt, nur 9,4 M€, der Rest musste verschoben werden.

Die anstehenden großen Investitionen betreffen Kindertagesstätten, Sportanlagen, Straßenerneuerung und die Anschlussunterbringung von Asylbewerbern. Das mit Abstand größte Bauprojekt, das im kommenden Jahr an den Start gehen soll, ist die Radschnellverbindung Weinheim-Viernheim-Mannheim mit einem voraussichtlichen Gesamtvolumen von 22 M€, von denen knapp 19 M€ über Fördermittel von Bund und Land finanziert werden sollen. Ca. 3 M€ verbleiben bei Weinheim. Ein verändertes Mobilitätsverhalten und damit eine entsprechende Nachfrage aus der Einwohnerschaft können diese Investition rechtfertigen. Andererseits treiben die von den Fördergebern verlangten Standards, die weit über die in den fahrradfreundlichen Niederlanden hinausgehen, die Kosten deutlich nach oben. Müsste Weinheim seinen Teil des Radschnellwegs im Alleingang finanzieren, würde man erheblich kostenbewusster verfahren.

Das Volumen von Maßnahmen, die Weinheim seinerseits subventioniert, sinkt 2026 deutlich auf 580 T€. Dabei kommt die verzögerte Entwicklung des Neubaugebiets „Allmendäcker“ zum Tragen, so dass die Subventionen für den sozialen Mietwohnungsbaus in Höhe von 3,2 M€ sich in die Folgejahre verlagern. Die FDP geht davon aus, dass diese Subvention nur Berechtigten zugutekommt und begrüßt dieses Engagement zur Bereitstellung preiswerten Wohnraums.

Der als Investitionszuschuss für den Zweckverband High-Speed Rhein-Neckar ursprünglich für 2026 vorgesehene Beitrag von 2,7 M€ wurde im vorliegenden Plan ins Jahr 2027 verschoben. Die Umstellung der Internetzugänge in Weinheim auf eine Glasfaser-Infrastruktur wird von der FDP ausdrücklich befürwortet.

Auf welche weiteren zukünftigen Entwicklungen muss sich Weinheim aus unserer Sicht konzentrieren?

Neben der Digitalisierung im Schul- und Verwaltungsbereich sind das Klimaschutz- und vor allem Klimaanpassungs-Maßnahmen, wozu Hitzeschutz sowie Starkregen- und Hochwasserschutz gehören, insgesamt sollen hier in den nächsten Jahren knapp 5 M€ investiert werden.

Der Unterhaltung von Gehwegen, Radwegen und Straßen muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dabei geht es sowohl um die Beseitigung von Stolperfallen, als auch um die grundhafte Erneuerung von Straßen, beispielsweise der Talstraße zwischen Hohensachsen und Ritschweier und der Waidallee. Der Haushaltslage geschuldet werden diese Maßnahmen zunächst zurückgestellt, müssen aber auf der Agenda bleiben.

Handlungsbedarf besteht aus Sicht der FDP noch beim Thema „kommunale Wärmeplanung“ mit den damit verbundenen Fragen zur Finanzierung und zur langfristigen Zukunft der Gasversorgung. Auch das in der Diskussion befindliche Projekt „Nachhaltiger Mobilitätsplan“ wird unweigerlich weitere Investitionen nach sich ziehen wird. Für all dies ist die Finanzkraft Weinheims zielgerichtet wiederherzustellen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

Weinheim steht mit seinen finanziellen Problemen, wie wir alle wissen, nicht alleine da. Landesweit klagen die Kommunen über ein steigendes Aufgabenvolumen ohne eine entsprechende Anpassung der kommunalen Finanzausstattung. Es bleibt zu hoffen, dass die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände diesbezüglich ein Umdenken erreichen und sich die Finanzausstattung der Kommunen verbessert. Alle hier im Rat vertretenen Parteien fordern wir auf, sich für dieses Anliegen einzusetzen.

Dessen ungeachtet muss die Frage beantwortet werden, ob Weinheim die notwendigen Anstrengungen unternimmt, um die Situation adäquat zu handhaben. Wie ausgeführt, sinken die Verwaltungsaufwände, die in Weinheim selbst generiert werden, im Vergleich zum Vorjahr erstmals ab, nachdem sie über viele Jahre kontinuierlich angestiegen sind. **Die FDP nimmt dies zum Anlass, dem Haushaltsplan zuzustimmen.** Dass es unausweichlich ist, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen, habe ich aufgezeigt. Ich appelliere an die Verwaltung mit Nachdruck an der Ergebnisverbesserung zu arbeiten.

Ich möchte nicht schließen, ohne allen im sozialen und pflegerischen Bereich, in der Kinderbetreuung und in der Daseinsvorsorge haupt- und ehrenamtlich Tätigen sowie auch den Beschäftigten in der Weinheimer Stadtverwaltung meinen ausdrücklichen Dank auszusprechen,

und Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit!